

# Über die Vision von Generalsekretär Kofi Annan: "Freiheit von Angst"

(Wortmeldung während eines Seminars über "In größerer Freiheit" von UNO Generalsekretär Kofi Annan im New World Hotel in Makati, Philippinen am 6. September 2005.)

Der Abschnitt "Freiheit von Angst" im Bericht des Generalsekretärs "In größerer Freiheit" enthält umfassende Vorschläge, um globale Sicherheit zu gewährleisten. Er schreibt, die Vermeidung blutiger Konflikte "muss im Mittelpunkt all unserer Bemühungen stehen - vom Kampf gegen die Armut über die Förderung nachhaltiger Entwicklung; indem die Nationen ihre Fähigkeiten zur Konfliktbewältigung weiter entwickeln; indem Demokratie und das Primat des Rechts gefördert werden und indem der Handel mit Handfeuerwaffen eingeschränkt wird - bis hin zu einer Ausrichtung vorbeugender operativer Aktionen, wie dem Einsatz effektiver Verwaltung, Einsätzen im Auftrag des UN Sicherheitsrates und vorbeugenden Stationierungen."

Man kann dem nur zustimmen und es stellt sicher einen Schritt vorwärts dar, dass es einen wachsenden Konsens darüber gibt, dass Entwicklungszusammenarbeit, friedensstiftende Maßnahmen und Konfliktvermeidung zugleich angegangen werden müssen, damit Friedens- und Sicherheitsinitiativen dauernden Erfolg haben können.

Dieser Konsens allerdings besteht in erster Linie unter den UN Organisationen, Friedensforschern und Friedensaktivisten und Aktivisten der Zivilgesellschaft. Auch sind Erfahrungen auf diesem Gebiet beschränkt auf lokale und Mikroinitiativen.

## DIE NEGATIVEN GLOBALEN TRENDS

Unglücklicherweise gehen die globalen Makro-Trends in die entgegen gesetzte Richtung: zu größerer **Destabilisierung** und damit weniger Sicherheit für die Menschen. Was sind diese Trends? Einer kommt von der Bedrohung durch den internationalen Terrorismus, ein anderer von der Aushöhlung internationaler Abkommen zur Kontrolle der Nuklearwaffen, beide werden im Dokument Annans angesprochen. Aber es gibt noch andere, sehr bedrohliche Entwicklungen, sie werden unglücklicherweise in dem Dokument gar nicht erwähnt oder bagatellisiert.

**Der erste Trend**, auf den ich hier hinweisen möchte, wird in dem Dokument be-

schönigend so beschrieben wird: Einige Staaten "suchen eine Alternative zur Autorität des UN Sicherheitsrates", wenn es um militärische Gewalt gegen andere Staaten geht. Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs waren Normen des Völkerrechts nicht mehr so bedroht wie heute. Und die größte Sorge kommt daher, dass die massivste **Destabilisierung vom mächtigsten Mitglied der Staatengemeinschaft ausgeht**. Die Ironie ist, dass es eine heftige Debatte gibt, ob China eine Macht ist im "Status Quo" oder als "revisionistisch" bewertet werden soll, um die Terminologie der Theorie für internationale Beziehungen zu gebrauchen. Dabei sollte sich die Debatte auf die USA konzentrieren.

Aus meiner Sicht kann es keinen Zweifel daran geben, dass die **USA eine revisionistische Macht ist, die radikal versucht, die Verhältnisse der internationalen Machtverteilung zu ihren Gunsten zu ändern**. Das wird deutlich, wenn wir die folgenden Entwicklungen verfolgen:

- Unter dem falschen Vorwand, Massenvernichtungswaffen beseitigen zu wollen, haben die USA einen Grundpfeiler der UNO - die Unverletzlichkeit der Souveränität eines Nationalstaates - erschüttert und marschieren in den Irak ein und besetzten das Land.
- Die Regierung Bush hat gegen die Genfer Konvention über die Behandlung von Kriegsgefangenen verstoßen. Sie führte den Begriff "feindliche Kombattanten" ein, um bestimmte Gefangene mit gesetzwidrigen Strafen belegen zu können inklusive Folter.
- Mit Anordnungen vom Weißen Haus haben die USA die Reichweite des Staates auf fremdes Territorium ausgedehnt. Zum Beispiel haben CIA Agenten, unter Verletzung italienischer Gesetze, Personen in Italien festgenommen und sie auf den Marinestützpunkt Guantanamo auf Kuba gebracht.

**Der zweite Makrotrend** gegen positive Entwicklungszusammenarbeit kommt von der Wühlarbeit mächtiger multilateraler Handelsorganisationen. In den letzten 25 Jahren wurde das gesteckte Ziel, mit aktiver Handelspolitik die Entwicklung zu fördern, wie es Raul Prebisch, der erste Generalsekretär der UN Konferenz über Handel und Entwicklung (UNCTAD), formuliert hatte, ersetzt durch die **Unterordnung unter die Entwicklung des freien Handels**, unter die Gewinne der Konzerne und unter die Wirtschaftsinteressen der reichen Länder. Damit einher ging die beherrschende Position des Internationalen Währungsfonds (IWF), der

Weltbank und der Welthandelsorganisation (WTO) im System der globalen Handelsregeln auf Kosten der Handelsorganisationen der UNO. Damit entwickelt die Ideologie des Neo-Liberalismus ihre Hegemonie.

Die Konsequenzen des neo-liberalen Paradigmas sind mehr Armut, Ungerechtigkeit und wirtschaftliche Stagnation, damit verliert es seine Glaubwürdigkeit und seine Legitimation. Dennoch rast der Zug der neo-liberalen Politik fast überall ungebremst vorwärts. Das Problem ist aber nicht nur ideologisch zu begründen, das hieße dass das negative Ergebnis auf falschen Annahmen basiert. Diese Politik wird vielmehr zunehmend bewusst gegen die Interessen der Entwicklungsländer betrieben.

Zum Beispiel wurden beim **IWF** alle Versuche hintertrieben, das System der Entscheidungsfindung zu reformieren, damit die Entwicklungsländer mehr Gewicht bei der Gestaltung der Politik der Organisation bekämen. Ebenso wurde ein ziemlich milder Antrag, der den Entwicklungsländern ein Schuldenmoratorium während der Restrukturierung ihrer Auslandsschulden unter dem Insolvenzmechanismus für souveräne Staaten (Sovereign Debt Restructuring Mechanism = SDRM) eingeräumt hätte, von den USA mit einem Veto abgelehnt.

In der **Weltbank** wurde mit der Ernennung von Paul Wolfowitz - sein Name steht für Eigenmächtigkeiten - eine neue Ära eingeleitet, in der die Politik der Weltbank noch näher an den "nationalen Interessen der USA" orientiert sein wird, so wie es die Rechte in den USA definiert.

In der **Welthandelsorganisation (WTO)** schreibt das so genannte "Juli Rahmenabkommen", das als Verhandlungsvorlage für die kommende Ministerkonferenz in Hongkong dient, die hohen Agrar-Subventionen in der EU und in den USA fort, während diese freieren Zugang zu den Märkten der Entwicklungsländer fordern, um sie mit subventionierten Waren zu überschwemmen.

Weil diese negativen Trends im System des Welthandels mehr Armut und Ungleichheit generieren, muss man sie als Bedrohung für die globale Sicherheit betrachten. Sie beeinträchtigen die Freiheit vor Angst und müssen vor die Foren der UNO und dort müssen Entscheidungen getroffen werden.

Weil das alles bisher nicht geschehen ist, kam es zum **dritten negativen Trend**, auf

den ich hier noch aufmerksam machen will. Die führende Rolle der UNO bei der Lösung globaler Probleme wird von der Gruppe der **G8** (die großen Acht Staaten) usurpiert. Beim jüngsten Gipfeltreffen der G8 im Juli in Schottland übernahmen sie die globale Führung in den Bereichen von Verschuldung, Welthandel, Entwicklungshilfe und Klimawandel. Das ist aus zwei Gründen problematisch. Erstens sind die G8 eine informelle Gruppe, die **nicht** durch Wahlen **legitimiert** ist und die keine Rechenschaft legen muss. Zweitens repräsentiert diese Gruppe die mächtigsten Staaten der Erde, so dass ihre Lösungsvorschläge für die dringendsten Weltprobleme auf die **Interessen** der herrschenden Gruppen in diesen Ländern zugeschnitten sind.

Was hier entsteht, ist eine **Welt-Herrschafts-Struktur**, in der die G8 die wichtigsten Entscheidungen über Themen von globaler Bedeutung treffen. Diese werden dann vom IWF, der Weltbank und von der WTO umgesetzt. **Dabei wird das System der UNO umgangen**. Was dieses Machtspiel so **hinterhältig** macht ist die scheinheilige Rhetorik, damit die UNO Millenniums-Ziele erreichen und die Armut weltweit verringern zu wollen.

Das sind dann die wichtigsten Trends auf der globalen und Makro-Ebene. Sie könnten ganz leicht jene Erfolge zu Nichte machen, die auf lokaler und Mikro-Ebene erreicht wurden, weil Entwicklungszusammenarbeit, Friedensinitiativen und Konfliktvermeidung schon besser koordiniert wurden.

## POSITIVE GEGENKRÄFTE

Zum Glück gibt es Gegenkräfte gegen diese negativen globalen Trends. Und was sind diese positiven Gegenkräfte?

**Zuerst** ist das die weltweite Friedensbewegung, ihr Potential hat sie am 15. Februar 2003 gezeigt, als ca. 40 Millionen Menschen in hunderten Städten auf der ganzen Erde gegen die geplante Invasion des **Irak** auf die Straße gingen. Möglicherweise ist die größte Errungenschaft die Einberufung der Weltribunale zum Irak (WTI) in New York, Kopenhagen, Tokio, Mumbai, Südkorea und in vielen anderen Städten. Bei der jüngsten Sitzung in Istanbul haben die „Geschworenen des Gewissens“ unter Vorsitz der Schriftstellerin Arundhati Roy eine Resolution verabschiedet, die vielleicht einen moralischen Einfluss auf den Lauf der Ereignisse haben könnte: Darin werden die Soldaten der USA und der Koalition der Willigen aufgerufen, ihr Recht auf Dienstverweigerung aus Gewissensgründen auszuüben. Sie ruft auch alle Gemeinschaften auf der ganzen Erde auf, ihnen Schutz zu gewähren, wenn sie diesem Aufruf folgen.

**Zum Zweiten** gibt es die **Bewegung für**

**weltweite Gerechtigkeit**, auch bekannt als Bewegung gegen die Globalisierung durch die Konzerne. Diese Bewegung trug wesentlich zum Scheitern der WTO-Ministerkonferenzen in Seattle (1999) und in Cancun (2003) bei. Während diese Bewegung bekannt ist für ihre Opposition zum IWF, zur WTO und zur Weltbank; ist sie auch ein Ort, an dem ein hochinteressanter Prozess zur Entwicklung von **Alternativen** zum herrschenden neo-liberalen Paradigma stattfindet. Ein alternatives System der Entwicklungszusammenarbeit und globaler Wirtschaftsregelungen, die den **Markt**, den Handel und die Gewinnmaximierung den Zielen von Entwicklung, gerechten Wirtschaftens und einer solidarischen Gesellschaft **unterordnet**.

**Drittens** gibt es eine **Bewegung der Regierungen des Südens**, die sich zusammenschließen, um den fortgesetzten Hegemoniebestrebungen des Nordens zu widerstehen. In den Monaten vor der Ministerkonferenz der WTO in Cancun im Jahre 2003 konnte man die Entstehung der Gruppe der 20, der Gruppe der 33 und der Gruppe der 90 beobachten. Der Widerstand dieser Gruppierungen zusammen mit dem Widerstand der Zivilgesellschaft hindert die Regierungen des Nordens die Ministerkonferenz zu überfahren. Auch wenn diese Allianzen ihre Mängel haben, bieten sie dennoch ein Sprungbrett zu einer verbesserten wirtschaftlichen Kooperation der Länder des Südens außerhalb des Rahmens von WTO und Bretton-Woods.

**Schließlich** kommen viele Regierungen des Südens und die Zivilgesellschaft einander näher rund um den Reformprozess der UNO. In der Erkenntnis, dass die **UNO** viele Mängel aufweist, stellt sie dennoch eines der wenigen globalen **Rahmenwerke** dar, mit dem man den **Trends zu einer destabilisierten und ungerechten Weltordnung entgegen** wirken kann, wie sie von den herrschenden Interessen der Politik und der Konzerne gefördert wird.

Das führt uns zum Problem der **Reform der UNO**. Einige positive Vorschläge finden sich im Dokument des Generalsekretärs. Allerdings bewegen sich die meisten Vorschläge auf der Ebene der Steigerung der Effizienz. Was wirklich benötigt wird ist eine Reform, die das globale **Ungleichgewicht zwischen den Mitgliedsstaaten** ausgleicht, denn dieses ist die häufigste Ursache für den Mangel an Sicherheit. Die Reform der UNO ist in den Augen der Zivilgesellschaft und vieler Regierungen nicht das, was die Regierung der USA unter "Reform der UNO" versteht. Sie verstehen darunter die weitere Aushöhlung der Möglichkeiten der UNO. Ganz im Gegenteil, ein fortschrittliches UNO Reform-Programm enthält unter anderem folgendes:

- Eine effektivere Rolle der **Generalversammlung** bei der Entscheidungsfindung;

- Eine Reduktion des Einflusses der **Großmächte** im Sicherheitsrat und ein Ende des anachronistischen Systems der fünf permanenten Mitglieder;

Verbesserte Möglichkeiten für die UNO und der mit der UNO verbundenen juristischen Einrichtungen, wie dem internationalen **Strafgerichtshof**, um Abweichungen vom und Verstöße gegen das Völkerrecht zu verhandeln und Sanktionen zu verhängen auch gegen mächtige Mitgliedsländer wie die USA;

- Ein Ende für Ausnahmen im internationalen Sicherheitssystem. Zuerst trifft das auf den NPT-Vertrag<sup>1</sup> zu. Dieser erlaubt einigen wenigen Staaten, **Atomwaffen** zu besitzen, während andere das nicht dürfen. Kurz, **alle Staaten müssen ihr Atomwaffenarsenal vernichten**.

- Eine Stärkung des Systems der Wirtschafts- und Sozialorganisationen der UNO. Unter anderem der **UNCTAD**, der Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (ECLAC) und der Wirtschafts- und Sozialkommission für Asien und den Pazifik (ESCAP). Sie sollen ein Gegengewicht zu System von Bretton-Woods und der WTO darstellen.

- Die Institutionalisierung einer mitentscheidenden **Rolle für die Zivilgesellschaft**, besonders von sozialen Bewegungen, gleichberechtigt mit den Regierungen innerhalb des Systems der UNO.

Zusammenfassend ist zu sagen: Wir können die Förderung der Sicherheit für die Menschen an der Basis nicht getrennt betrachten von den globalen und Makrotrends. Einige dieser Trends sind in der Tat **erschreckend**, besonders der **offene Trend der USA zu Eigenmächtigkeiten**. Viele Analysten beschreiben die USA als einen Staat der sich mehr und mehr zu einem "**Schurkenstaat**" entwickelt. Das System der Vereinten Nationen verliert seine Relevanz, wenn es nicht gelingt, diesen Trends entgegen zu wirken. Am wirksamsten könnte es sein, wenn man Wege findet, diese Entwicklungen unter Kontrolle zu bringen, wie mit der Entstehung eines **Blocks unabhängig entscheidender Entwicklungsländer** und der wachsenden Stärke der **globalen Zivilgesellschaft**, die sich in eine andere, positivere Richtung bewegen.

\* *Soziologieprofessor an der Universität der Philippinen und Exekutivdirektor von Focus on the Global South*  
<http://www.focusweb.org/>

<sup>1</sup> NPT = Non Proliferation Treaty. Vertrag über die Nicht-Weiter-Verbreitung von Atomwaffen